

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 6/45. Jahrgang

Juni 2014

Schutzgebühr: 0,40 €

Jugend"hilfe"ausschuß kürzt Hilfe

Folgende Kürzungen sind vorgesehen:

Suchthilfezentrum: 30.000 €

Familienbildungsstätte: 30.000 €

Jugendwerkstatt: 30.000 € (für Mädchenangebot) plus 52.000 € (für Albert-Schweitzer Schule)

Aliceschule-Förderverein: 20.000 €

Die sog. „freien Träger“, deren Zuschüsse laut Schutzschirm „versteigt“, d.h. eingefroren, sind, erhalten 0,6% mehr für Kostensteigerung. Auch das ist eine radikale Kürzung, da es die Mehrkosten (allein durch Personal, deren Gehaltssteigerungen wir ausdrücklich nicht infrage stellen!) in keiner Weise deckt.

Übrigens: Laut „Rettungsschirm“ sollen die Eltern bis 2020 100.000 € mehr für Kitas bezahlen. Der kommunale Kahlschlagswahn kennt keine Scham und keine Grenzen. Auch die Gelder für das Ferienkarussell wer-

den um 2.500 € gekürzt. All das geschieht nach dem gleichen Muster: erst werden von allen bürgerlichen Parteien gemeinsam verfassungswidrige (!) Gesetze und Rechtsgrundlagen beschlossen: Pflicht zur Erhebung kostendeckender Gebühren, Schuldenbremse, „Schutzschirm“...

Dann werden gnadenlos Sozialleistungen gekürzt und die Bürger geschröpft; alles nach "Recht und Gesetz".

In Artikel 137 der Hessischen Verfassung dagegen steht klipp und klar: **„Der Staat hat den Gemeinden und Gemeindeverbänden die zur Durchführung ihrer eigenen und der übertragenen Aufgaben erforderlichen Geldmittel im Wege des Lasten- und Finanzausgleichs zu sichern.“** E.B.

(siehe "Der böse Rettungsschirm" S.2)



LaGa: die erhofften Besucher bleiben aus

Die veröffentlichten Besucherzahlen der Landesgartenschau liegen auch nach fünf Wochen weit hinter den Erwartungen zurück.

Wenn die angepeilten 700.000 erreicht werden sollten, müßten täglich 4300 kommen. Davon ist man weit entfernt, bislang kamen gerade mal 2500 - trotz Eröffnungsfeier, zwei zusätzlichen Feiertagen und ständiger Werbung.

Auch ist unklar, wie gezählt wird, wie bezahlt wurde und welches Defizit z. B. bei den Stadtwerken entsteht, wenn Dauerkartenbesitzer und Studenten mit ihrem Semester ticket über die LaGa kostenlos ins Freibad kommen.



Inhalt:

Rettungsschirm/Ukraine	S.2
Noch 17 Wochen LaGa-Wahnsinn	S.3
Uniklinik/Hartz IV/Post	S.4
BRD: Lehrmeister in Demokratie	S.5
Gedenkstättenfahrt SDAJ/Asyl	S.6
Zur EU-Wahl/Freispruch D. Stephan	S.7
Termine/Pressefest der UZ	S.8

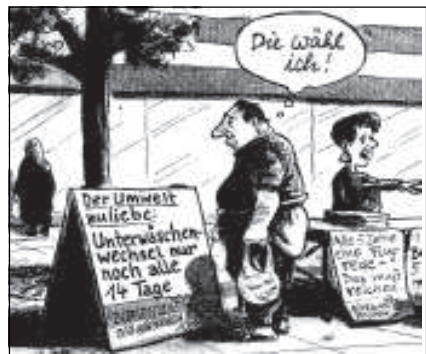
Für Frieden und Sozialismus!



Der böse, böse „Rettungsschirm“

Die Grünen haben früher die sozialen Initiativen und Verbände aufgefordert: sagt uns was ihr braucht, was ihr für Eure Arbeit für notwendig anseht, wir nehmen es in unser Programm auf und werden diese Forderungen im Parlament vertreten. Nun sind die Grünen längst arriviert, Hochschulabsolventen, Doktoren gar, also obere Mittelschicht und machen in Gießen das genaue Gegenteil von dem, was diese Partei früher in Gießen zumindest versprochen hat. Sie verordnen und vertreten die Kürzungen im Jugendhilfebereich. So etwa im Jugendhilfeausschuß (Vorsitzender: der Grüne Klaus-Dieter Grothe). Und warum? Weil der böse, böse „Rettungsschirm“ des Landes Hessen das so will. Den hatte man verbal mächtig abgelehnt; SPD und ihre große Hoffnung TSG hat im hessischen Landtag heftig dagegen gewettert. Auf kommunaler Ebene haben beide Par-

teien dann Städte und Gemeinden unter den „Rettungsschirm“ geführt, und beteiligen sich jetzt an der Umverteilung von unten nach oben. Denn nichts anderes findet damit statt. Und die in Gießen betroffenen sozialen Verbände, Vereine und Initiativen halten still, ducken sich weg und gehen dem alten Prinzip auf den Leim, nämlich erstmal heftige Streichungen anzukündigen, um dann in „Verhandlungen“ Kompromisse zu erarbeiten: die Kürzungen kommen, fallen aber geringer aus als angekündigt, und alle sind froh. Übrigens trifft das bei weitem nicht nur die sog. freiwilligen Leistungen. Im Bereich der Jugendhilfe sowohl bei der Stadt als auch beim Landkreis werden Hilfestellungen gemäß dem Kinder- und Jugendhilfegesetz nicht mehr oder nicht in notwendigem Umfang gewährt. Die Jugendämter sollten die Zahlen benennen, die unter dem Druck des



Grüne auf ihrem Weg zur Volkspartei

„Rettungsschirms“ die Pflichtleistung der Jugendhilfe gemäß den entsprechenden Paragraphen des KJHG veränderten, z.B. was die Dauer und den Umfang von sowohl ambulanter als auch stationärer Jugendhilfemaßnahmen angeht. Die Praktiker wissen davon jedenfalls ein Lied zu singen. Dafür ist dann das Geld da, um die Banken zu retten, das Kapital zu füttern und zu mehren. Dies nennen wir Kommunisten Umverteilung zum Nachteil hilfebedürftiger Kinder und Jugendlicher. H.R.

Ukraine – EU schürt das Feuer

Am 25. Mai wurde in einigen Teilen der Ukraine ein neuer Präsident gewählt – obwohl der alte (Janukowitsch) niemals verfassungsgemäß abgewählt wurde. Die Unterstützer des Putsch vom Februar, EU und USA, tun so, als sei jetzt alles in Ordnung. Das Gegenteil ist der Fall. Der gewählte Multimilliardär Poroschenko tut nichts zur Entspannung im Lande und gegenüber dem Nachbar Russland.

Stattdessen schürt er weiter den Hass gegen Russland und verschärft den Krieg gegen den russischsprachigen Teil der Bevölkerung und gegen Antifaschisten, erfordert deren totale Unterwerfung. Die hiesigen Massenmedien übernehmen kritiklos die Sprachregelungen der von Faschisten dominierten Putschregierung in Kiew. Während vor dem Februarputsch

der auf dem Maidan versammelte Mob beharrlich als „friedliche Demonstranten“ bezeichnet wurde (obwohl die Bilder das Gegenteil bewiesen), wurden die Protestdemonstranten in den russischsprachigen Provinzen von vornherein als Aufrührer und Terroristen verunglimpft. Es wird beharrlich ignoriert, daß der Kiewer Generalstaatsanwalt ein Faschist ist, der erfolgreich jede Strafverfolgung seiner Gesinnungsgenossen vereitelt. Deswegen wird wahrscheinlich nie geklärt, wer die Heckenschützen



Weltläufig

Kiew
Damaskus
Caracas
interessieren uns
brennend.

Sonst nicht

Patrick Fischer

waren, die auf dem Maidan sowohl Demonstranten als auch Polizisten erschossen, ebensowenig wird wohl das Massaker im und vor dem Gewerkschaftshaus in Odessa und andere Mordtaten des Rechten Sektors aufgeklärt werden. Konsequenterweise verschwiegen wird auch, daß die Parteischule der in Kiew mitregierenden Svoboda-Partei nach Josef Goebbels benannt ist. Der EU und den USA ist jedes Mittel und jeder Bündnispartner recht, um die Ukraine unter ihre Kontrolle zu bringen. Gernot Linhart

Noch 17 Wochen LaGa-Wahnsinn

Wulstvollpfosten

Diese charmante Bezeichnung für die LaGa-Pfosten entnahmen wir einem Leserbrief an die GAZ. „Kunst kommt von Können. Wenn es von Wollen käme, hieße es Wulst,“ hatte der Leserbriefschreiber in der Schule gelernt. Auch er beklagte nicht nur die Vielzahl sondern auch die als kostenlose kommerzielle Werbeträger instrumentalisierten Pfosten.

Im Bauausschuß fragte ein Mitglied der BI, welche Gebühren für diese Sondernutzung zu Werbezwecken zu zahlen gewesen seien. Keine, meinte Bgm. Weigel-Greulich, es sei das Ziel gewesen, die gesamte Stadtgesellschaft einzubeziehen. Des weiteren wurde gefragt, was denn mit den Pfosten nach der LaGa geschehe? Antwort: einige wollten ihre Werke zurück, einige würden versteigert (an wen?), einige könnten beim Gartenamt verwendet werden, ja, und 200 wären vom Landkreis Marburg-Biedenkopf angefordert. Und die restlichen – immerhin viele Tausend – würden „thermisch verwertet“. Das wird teuer, denn einfach verbrennen kann man die mit unterschiedlichen Materialien bestückten Pfosten nicht. Daß schon jetzt nicht mit offenen Karten gespielt wird, machte auch Michael Janitzki, Stadtverordneter des Linken Bündnis, deutlich. Er rechnete vor, daß der von der Stadt benannte Zuschuß zur LaGa in Höhe von 2,6 Millionen Euro (das ist die Summe, die die Stadt bezahlen muß, wenn alles gut geht) nicht korrekt ist. Er rechnete vor, daß unter Einbeziehung der internen Kosten (für Personal und Material) mit 5,6 Millionen Euro gerechnet werden muß. – Von den Folgekosten ganz zu schweigen.

Umweltpreis-Skandal:

Bürgerinitiative hat Preisverbot

Was macht eine Stadtregierung und Parlamentsmehrheit, der die selbst gemachten Schuldenberge durch die Landesgartenschau bis zum Hals steht?

Sie wird bissig!

Jetzt traf es die Bürgerinitiative „Stoppt diese Landesgartenschau“, die seit über zwei Jahren gegen Umweltzerstörung und für den Schutz von Pflanzen und Tieren aktiv ist. Sie weiß sich mit der Mehrheit der Gießener einig, dass die Landesgartenschau zu finanziellen Einschränkungen in allen öffentlichen Bereichen und zur weiteren finanziellen Belastung der Bürger führen wird.

Dieser Zusammenschluss von kritischen Bürgern, die sich in die Stadtpolitik einmischen, wurde für den Gießener „Umweltpreis“ nominiert.

Da kommt die Stadtpolitik-Mehrheit in der Jury auf eine grandios „demokratische“ Idee:

Sie schließt einfach die Bewerbung für den Umweltpreis aus. Von vorne herein. Dann kann niemand sie wählen.

Begründung: Die Stadtverordnetenversammlung habe die LAGA beschlossen! BASTA! Und die Argumente des Antrags seien „nicht in jedem Fall nachvollziehbar“.

„Eine Würdigung dieser Bewerbung wäre zudem kontraproduktiv...“

Eine Begründung, die nichts mit den Richtlinien zur Vergabe des Preises zu tun hat.

Dieser Vorgang ist wohl einmalig und zeigt, dass von Schönreden Gießener Stadtpolitiker über die Wichtigkeit von Bürgerbeteiligung nichts zu halten ist. M.B.

Auf der nächsten Sitzung des Stadtparlaments wird der Magistrat dem Stadtverordneten Michael Beltz Auskunft geben müssen über die Höhe der für die "Fassadenerneuerung" gezahlten Zuschüsse, über den Verbleib der alten Bogenbrücke über den Schwanenteich sowie über die Fahrgastzahlen der Bimmelbahn.



LaGa killt Wissenschaft für alle

Seit vielen Jahren findet in Gießen jedes Jahr im Mai die Veranstaltung „Straße der Wissenschaft“ statt. Tausende Besucher kamen an die Stände, an denen Institute der Uni und der THM, Firmen und Arbeitsgemeinschaften von Schülern und Studenten wissenschaftliche Informationen, Vorführungen und Versuche anbieten. Dieses Jahr fällt diese Veranstaltung der Landesgartenschau zum Opfer. Stattdessen gibt es etwas ähnliches für mehrere Tage auf dem Gelände der Gartenschau, dargeboten von verschiedenen Museen – natürlich nur für zahlende Gäste. Der Aufwand ist viel größer als sonst, die Zahl der Nutznießer viel kleiner. G.L-



Unikliniken - Profit um jeden Preis

Das Uniklinikum Gießen-Marburg (UKGM) hat im vorigen Jahr wieder Gewinne gemacht, etwa 10 Millionen Euro sind es nach eigenen Angaben. Dazu kommen noch mehr als 30 Millionen, die für Zinsen und Abschreibungen an den Besitzer Rhön AG abgeführt werden. Bei keinem anderen Uniklinikum ist der Unterschied zwischen Einnahmen und Ausgaben für die Krankenversorgung so hoch wie beim UKGM. Bekanntlich sind die Beträge, die von den Krankenkassen an die Krankenhäuser bezahlt werden, nur für die Krankenversorgung berechnet, Anteile für Gewinn, Zinsen und Abschreibungen sind nicht eingerechnet. Für Investitionen sind nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz eigentlich die Bundesländer verantwortlich. Jeder Euro, der an den Eigentümer abgeführt wird, muß also den Beschäftigten und den Patienten abgepreßt werden. Für das Personal bedeutet das ständig steigenden Arbeitsdruck. Was es für Patienten bedeuten kann zeigt ein Fall, der kürzlich in einer Fernsehsendung gezeigt wurde. Im Marburger Uniklinikum wurde eine todkranke Patientin praktisch bis zu ihrem Todestag mit

ständig neuen Diagnosemaßnahmen gequält, von Computertomografie bis zur Leberpunktion. Medizinisch war das völlig sinnlos, denn erfolgreiche Therapien waren nicht mehr möglich, aber finanziell war das lukrativ für den Betreiber - jede Diagnose konnte mit der Privatkrankenkasse abgerechnet werden. Das ganze kam an die Öffentlichkeit, weil der Ehemann medizinische Kenntnisse hatte und öffentlich protestierte. Wahrscheinlich passiert ähnliches ständig, aber keiner wehrt sich weil die Angehörigen glauben, alle diese Quälereien seien medizinisch geboten. Private Krankenhausbetreiber veranstalten Seminare für Ärzte, in denen diese lernen, ihre Patienten als Wertschöpfungsobjekt zu sehen. Sie werden darauf gedrillt, bei jedem Fall darauf zu achten, wie man eine möglichst hohe Abrechnung erzielt. So kommt es zu immer mehr unnötigen Operationen und Diagnosemaßnahmen. Profitorientierung im Gesundheitswesen macht alles teurer und schlechter. Das ist ein Irrweg, der möglichst schnell beendet werden müßte, was aber unter den kapitalistischen Bedingungen verhindert wird. Gernot Linhart

Weg mit Hartz IV? Weg mit dem Kapitalismus!

Mehr als 1 Million Menschen, die von Hartz IV leben müssen, ist im vergangenen Jahr das Wenige, was sie zum Leben bekommen, noch gekürzt wurden. 9000 Menschen bekamen keinen Cent mehr – ihnen wurde das Wenige ganz genommen. Es ist bekannt, und gerade die, die diese Kürzungen verhängen, wissen es: Hartz IV bedeutet Armut, bedeutet Mangelernährung und Verelendung, bedeutet Demütigung, Zwangsarbeit und Ausschluß vom öffentlichen und kulturellen Leben.

Trotzdem scheinen sich - fast 10 Jahre nach der Einführung - die Betroffenen weitgehend damit abgefunden zu haben. Nur wenige protestieren gegen die "Armut per Gesetz" - auch in Gießen bei der wöchentlichen Montagsdemo gegen Hartz IV bei dem "Drei Schwätzern". Jeder weiß: Die Schere zwischen

reich und arm klafft immer weiter auseinander.

Dagegen gibt es viele vernünftige und richtige Forderungen: höhere Besteuerung der Profite, Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Einführung einer Börsenumsatzsteuer und nicht zuletzt: weg mit Hartz IV!

Durchgesetzt wurde keine dieser Forderungen, im Gegenteil.

Seit 40 bis 50 Jahren werden in der BRD kontinuierlich die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer - auch wenn die Bundesregierung von wechselnden Parteienkonstellationen gestellt wird.

Wie kann diese Abwärtsspirale gestoppt werden? Darüber gibt es Illusionen - aber nur eine grundsätzliche Maßnahme verspricht Erfolg:

Die, die den gesellschaftlichen Reichtum erarbeiten, sollen selbst über dessen Verwendung bestimmen, an-

Post ohne Briefmarken

Wenn ich zur Stadtpost gehe, um größere Mengen Briefmarken (Postwertzeichen) zu kaufen, sind diese möglicherweise nicht vorhanden. Bisher war es so, dass die zuvorkommenden Angestellte diese bereit waren zu besorgen. Das hat sich verändert. Der Kunde bekommt eine Telefonnummer (in Bonn?) und soll dort selbst bestellen.

Wozu das Ganze? Im April erklärte der Vorsitzende von Verdi, Frank Bsirske, das gegen die Beschäftigte der Post gerichtete Verhalten von oben als unzumutbar. Er kritisierte die Absenkung des Lohnniveaus, die Weigerung Arbeitsverhältnisse zu entfristen. Dazu kommt der Wunsch des Konzerns, den Gewinn um jährlich 8% zu steigern. Die Post versucht außerdem, die Arbeitszeit ihrer Beamten von 38,5 auf 41 Stunden zu erhöhen. Das würde in Mittelhessen etwa 45 Arbeitsplätze kosten.

Um das oben Geschilderte einzuordnen wird klar: Den Postlern da unten werden Aufgaben von denen da oben weggenommen. Personaleinsparung ist die Devise im Kapitalismus.

Meine Frage, ob damit oberen Gaunern mehr zugeschanzt werden könne, wurde mit mürrischem Gebrumme beantwortet (von einer einfachen Kollegin, die den Mund halten muss und demnächst vielleicht selber „freigesetzt“ wird). M.B.



statt ihn in die Taschen der Kapitalisten fließen lassen. Das wiederum setzt voraus, daß die Groß- und Schlüsselindustrie in Gemeineigentum überführt wird - und dann Produktion und Verteilung demokratisch entschieden und kontrolliert wird.

Gewiß, leicht ist das nicht, aber notwendig. Erika Beltz



Die Bundestagsabgeordneten der KPD haben bei der Verabschiedung des Grundgesetzes dagegen gestimmt, weil damit die Spaltung Deutschlands besiegelt wurde. In seiner Rede sagte der damalige KPD-Vorsitzende Max Reimann aber auch:

"Es wird die Zeit kommen, da die Kommunisten das Grundgesetz gegen diejenigen verteidigen werden, die es jetzt durchgesetzt haben."

Diese Zeit kam sehr bald mit der grundgesetzwidrigen Remilitarisierung, den Notstandsgesetzen, Berufsverboten, Privatisierung von Post und Bahn...

Das Foto zeigt Max Reimann auf einer Veranstaltung der DKP Gießen 1973 in der Kongreßhalle.

Deutschland – Lehrmeister in Demokratie

Wir sind wieder wer. Deutschland redet in aller Welt mit, kämpft in aller Welt mit. In Europa sind wir die erste, stärkste Macht. Und dann in Sachen Demokratie: Wir feiern da ein Grundgesetz, von dem man sich nur fragt, warum dieses Erfolgsrezept nicht in allen Ländern der Welt abgeschrieben wird. Ja, wie haben wir das nur gemacht?

1945 wurden wir durch die Rote Armee und die weiteren Verbündeten von der NS-Terrorherrschaft befreit. Wir selbst hatten es nicht geschafft und außer den Trümmern in den Städten standen in vielen Köpfen Ruinen der NS-Ideologie. Auf dem Gymnasium machte man uns glauben, alles Leid der Nazierrschaft sei aus einem Abwenden von Gott, von der christlichen Religion erwachsen. Christliche Männer (Frauen waren noch nicht gefragt) würden nun die Führung übernehmen und die hießen Heuss und Adenauer. Sicher, Faschisten waren das nicht, wenn auch Heuss für das Ermächtigungsgesetz der Nazis gestimmt hatte und Adenauer als Kölner Oberbürgermeister schon die Ansicht vertrat, man könne eine große Partei wie die NSDAP nicht auf Dauer von der Regierungsmacht fernhalten.

Mit ausgemachten Nazis zusammenzuarbeiten hatten diese bürgerlichen Politiker keine Hemmungen. Adenauers Ministerriege zeigt es ebenso wie sein wichtigster Staatssekretär Globke, der an Hitlers Rassegesetzen mitgewirkt hatte. In Verfassungsfragen knüpften die Politiker, die alle der Weimarer Zeit entstammten, an die Weimarer Verfassung an. Vor allem waren die jetzt Regierenden der Überzeugung: ohne die alten Fachleute aus der Nazizeit ginge es beim Wiederaufbau Deutschlands nicht: die alten Beamten, Richter, Lehrer, Polizei-offiziere... Man kann das bis zu den Gemeinden herunter sehen: Der Gießener OB Albin Mann (SPD) verlangte die Entnazifizierungsverfahren städtischer Beamter zu beschleunigen, weil es eben ohne die alten Fachleute nicht ginge. Nachgewiesene Antifaschisten, die es mit dem demokratischen Neuaufbau ernst nahmen, waren bald aus den Gremien der Entnazifizierung herausgedrängt. Es war ihnen zuwider: Die kleinen NS-„Mitläufer“ wurden bestraft, die Großen ließ man laufen.

Auf die bohrenden Fragen des KPD-Vorsitzenden Max Reimann im Bundestag log Adenauer, er habe den US-Ame-

rikanern keine deutschen Soldaten angeboten. Ab 1950 lief die Kampagne zur deutschen Wiederaufrüstung gegen den Willen der deutschen Mehrheit auf vollen Touren. Gegnerische Organisationen wurden verboten (FDJ, Demokratischer Frauenbund, Demokratischer Kulturbund, Deutsch-Sowjetische Freundschaft u. a. m.) 1956 wurde die KPD verboten – der Verbotsprozess dauerte viereinhalb Jahre, so gut war die Beweislage. Die neue deutsche Wehrmacht wurde mit Hitlers Generalen aufgebaut, Heusinger, Speidel, Foertsch usw. Der militärische Spionagedienst entwuchs Hitlers Organisation „Fremde Heere Ost“ unter General Gehlen. Mehrere Innenminister wurden verbraucht, um die „Notstandsgesetze“ durchzupeitschen. Willy Brandt sah erst später ein, dass der von ihm veranlasste „Radikalenerlass“, nach dem kein Kommunist Friedhofsgärtner werden konnte, ein „Fehler“ war. Folgen zog er daraus nicht.

Aber das mit dem Wählen hierzulande klappt. Die Medien servieren es so unterhaltend und spannend wie ein Pokalspiel. Allerdings in der Sache könnten vier Parteien schon eine einzige mit vier Flügelchen sein. Klaus Mewes

Die Tageszeitung

jungeWelt

drei Wochen probelesen!

www.jungewelt.de/testabo
Abotelefon: 0 30/53 63 55 50

Das Probeabo ist kostenlos und endet automatisch.

Eine hervorragende aktuelle Berichterstattung bringt die Tageszeitung "junge Welt"

Ihr Markenzeichen:

**Sie lügen wie gedruckt.
Wir drucken, wie sie lügen.**

UZ unsere zeit
Sozialistische Wochenzeitung

**Noche für Woche
Antikriegszeitung**

Wochenzeitung der DKP

**10 Wochen
kostenlos testen**

CompressVerlag, Hoffnungs-
Str. 18, 45127 Essen

Gedenkstättenfahrt der SDAJ

Zum Abschluss des Bildungswochenendes der SDAJ Gießen/Marburg zum Thema „[Anti]Faschismus“ haben wir am 25. Mai zwei Gedenkstätten besucht.

Zuerst fuhren wir zur Gedenkstätte „Münchmühle“ bei Stadtallendorf. Hier befand sich von August 1944 bis März 1945 ein Außenlager des Konzentrationslagers Buchenwald. 1000 weibliche Häftlinge, vor allem ungarische Jüdinnen, wurden hier zur Zwangsarbeit in der benachbarten Sprengstofffabrik gezwungen, mussten Granaten für die Wehrmacht und Torpedos für die Marine produzieren. Die unmenschlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen, wie der schutzlose Umgang mit dem giftigen TNT und das Einatmen seiner Dämpfe, führten dazu, dass die ehemaligen Zwangsarbeiterinnen bis heute unter gesundheitlichen Problemen leiden. Obwohl sie für die Rüstungsindustrie Milliarden Gewinne erwirt-

schaftet haben, erhielten sie nie eine angemessene Entschädigung. Nach dem Mittagessen fuhren wir nach Trutzhain weiter. Von Septem-



Auf dem Friedhof für sowjetische Kriegsgefangene

ber 1939 bis März 1945 befand sich hier das Stammlager IX A Ziegenhain. Es war das größte Kriegsgefangenenlager in Hessen, die Inhaftierten mussten Zwangsarbeit in der Landwirtschaft und der Industrie leisten. Zuerst besichtigten wir das erst zehn Jahre alte Museum, das in der ehe-

maligen Wachbaracke eingerichtet wurde. In einem beeindruckenden Film vermittelten ehemalige Gefangene und deutsche Zeitzeugen ein anschauliches Bild von der damaligen Zeit. Während es zum Beispiel den

Franzosen noch recht „gut“ ging, wurden mehrere tausend sowjetische Kriegsgefangene in einem separaten Lagerbereich unter unmenschlichen Bedingungen gefangen gehalten. Fast alle Baracken stehen heute immer noch und werden meist als Wohnhäuser genutzt.

Zum Abschluss der Fahrt besuchten wir den Friedhof für die zu Tode gekommenen sowjetischen Kriegsgefangenen. Sie wurden meist in Massengräbern verscharrt, weit abgelegen vom Friedhof der verstorbenen westalliierten Kriegsgefangenen, da die Faschisten selbst im Tod noch zwischen den Nationen unterschieden haben. Tief beeindruckt und mit dem Wissen, dass die Vergangenheit nicht vergessen werden darf, beendeten wir den informativen und erlebnisreichen Tag.
Tobias

De Maiziere: Vom Kriegsherrn zum Kerkermeister

De Maiziere war einer der kriegsgeilsten „Verteidigungs“minister der BRD. Auch als Innenminister gibt er den Scharfmacher. Jetzt hat er den Asylbewerbern den Krieg erklärt und will möglichst viele davon einkerkern. Dazu hat er einen Gesetzentwurf vorgelegt, nachdem praktisch jeder Asylbewerber inhaftiert werden kann. Ins Gefängnis soll jeder, der die Grenze illegal überschritten hat, keine gültigen Papiere hat, falsche Angaben zu seinem Reiseweg oder seiner Herkunft macht, bereits in ei-

nem anderen Land einen Asylantrag gestellt hat oder wegen fehlender Mitwirkung beschuldigt wird. Irgend-

etwas aus diesem Katalog trifft auf jeden zu, der als Flüchtling Deutschland erreicht hat.



Das weiß auch der Innenminister, er will bewußt jeden als kriminell brandmarken, der die Abschottungen der Festung EU irgendwie überwindet. So viele Gefängnisplätze gibt es gar nicht, wie für dieses Vorhaben gebraucht würden, es müßten spezielle Gefangenlager gebaut werden. Flüchtlinge brauchen Hilfe und keine Verfolgung, davon hatten sie in ihren Herkunftsländern genug. Dem Innenminister einer „christlichen“ Partei ist jede Menschlichkeit fremd. Gernot Linhart

»Wenn Sie mich vor anderthalb Jahren gefragt hätten, ob ich mir eine aktive Beteiligung der Bundesregierung auf dem Balkan unter rot-grüner Beteiligung vorstellen könnte, dann hätte ich Sie für nicht recht gescheit gehalten. Genauso aber kam es. Und es konnte nur von der rot-grünen Regierung kommen, sonst hätten wir in diesem Land eine Revolution gehabt. Ähnliches gilt wohl auch für die Veränderung des Sozialstaates. Wahrscheinlich müssen die heiligen Kühe von denen geschlachtet werden, die an ihrer Aufzucht am aktivsten beteiligt waren.« (Hilmar Kopper 1999, ehem. Vorstandssprecher der Deutschen Bank))

Kräftiges Nein zur EU

Der DKP-Vorsitzende Patrik Köbele wertet in einer ersten Analyse die Ergebnisse der Europa- und Kommunalwahlen aus:

Rund 50 Prozent der Wählerinnen und Wähler haben ein neues EU-Parlament gewählt. In der BRD haben sich die Wähler mit ihrer Stimme bei der großen Koalition für das Krisenmanagement bedankt. Das deckt sich mit unserer Einschätzung, daß es dem deutschen Imperialismus gelungen ist, weite Teile der Arbeiterklasse einzubinden.

Brandgefährlich ist, daß die Protestwähler rechten EU-Kritikern ihre Stimme geben. Die Erfolge der AfD zeugen davon ebenso wie der Einzug der NPD in das Europaparlament. Drastischer ist die Entwicklung in anderen EU-Ländern wie Frankreich oder Dänemark, in denen Rechtspopulisten die stärkste Kraft wurden.

Auf der anderen Seite sehen wir in Südeuropa Erfolge linker, kommunistischer und Arbeiterparteien, so in Griechenland, Portugal und Zypern. Wir sehen in Belgien den Erfolg der Partei der Arbeit, die sich konse-

quent an die Seite der Arbeiterklasse, der Niedriglöhner und Erwerbslosen gestellt hat.

Wir gehen davon aus, daß es im weiteren Krisenverlauf auch in der BRD nicht gelingen wird, die Sonderrolle aufrecht zu erhalten, die es dem deutschen Imperialismus bislang leicht machte, entscheidende Teile der Arbeiterklasse einzubinden. Im Ergebnis wird der Druck auf die Arbeiterklasse größer werden, das politische Klima noch reaktionärer. (...) Das linke Nein zur EU muß kräftiger werden – nicht nur in Wahlkämpfen, sondern auf der Straße und in den Betrieben. Dazu muß die DKP stärker werden. Ihr Wahlergebnis hängt auch mit ihrer Schwäche zusammen. (...)

Europawahl: Mit 25204 Stimmen erzielte die DKP annähernd das Ergebnis von 2009 (25615 Stimmen). Das Ziel, den Trend umzukehren, haben wir damit nicht erreicht. In den Bundesländern sind die Ergebnisse sehr unterschiedlich. In den östlichen Bundesländern konnten wir die Stimmenzahl von 10790 auf 12209 steigern,



während wir in den westlichen Bundesländern 1830 Stimmen verloren (14825 auf 12995). (...)

Natürlich wollten wir ein besseres Ergebnis. Trotzdem zeigt das Ergebnis viel über die Bewußtseinslage der Menschen (...), über unseren eigenen ideologischen und organisationspolitischen Zustand. Ablesen können wir, daß Menschen bei der Suche nach Alternativen nach rechts gehen, weil es uns noch nicht gelungen ist, die berechnete Ablehnung dieser EU in größerem Maß in Wählerstimmen für uns umzuwandeln. (...)

Hat sich das Ganze gelohnt? Ja natürlich. Wir haben kommunal viele Mandate gehalten. (...) Überall dort, wo die Partei in den Wahlkampf eingestiegen ist, ist sie stärker auf die Straße gegangen. Hunderttausende Materialien wurden verteilt, zigtausend Gespräche geführt. (...)

Der vollständige Bericht steht hier: <http://news.dkp.de/2014/05/der-dkp-vorsitzende-zum-wahlausgang/>

Freispruch für Dennis Stephan

Nach monatelangen Verhandlungen (seit 25.10.2013) wurde am 13. Mai 2014 das Urteil gesprochen: Der Angeklagte Dennis Stephan wird vom Vorwurf der schweren Brandstiftung freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens trägt die Staatskasse. Für die Dauer seiner Unterbringung in der geschlossenen Psychiatrie wird eine Entschädigung gezahlt.

Wohl um diesen Wahnsinnsaufwand im Nachhinein zu rechtfertigen, stellte das Gericht die „Schuldunfähigkeit“ des Angeklagten fest. Welcher Schuld? Nach einem Freispruch?

Wie ist es um die „Schuld“ derer bestellt, die ihn zu Unrecht monatelang in die Psychiatrie gesteckt haben, schließlich wurde ihm eine Entschädigung zugesprochen.

Wie ist es um die Schuld an dem Verkehrsunfall bestellt, bei dem Dennis Stephan von einem Auto überfahren worden war und dessen Umstände bis heute nicht geklärt werden konnten - u. a. weil die Polizei nicht pflichtgemäß ermittelt hatte.

Dennis Stephan ist frei und damit eine Justiz-Farce, die zuweilen an Rufschädigung grenzte, abgeschlossen. Erika Beltz

Redaktionsschluß für das Juli-Echo: Di., 17.06.2014

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto: Nr.193070 Sparkasse Gießen, BLZ 51350025 bzw. IBAN: DE75 51350025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Druckkollektiv

Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

Ich möchte:
 das Gießener Echo abonnieren
 das Gießener Echo online (pdf) abonnieren

Name:.....

Adresse:

.....
e-mail:

Leserbrief

In Cuba sind vier mutmaßliche Terroristen aus Miami (!) verhaftet worden! Diese Nachricht wird einigen Leuten nicht so recht in den Kram passen. Ich bin mir sehr sicher, dass die „wahren Freunde von Demokratie und Freiheit“ noch heuchlerische Krokodilstränen vergießen werden. Meine Achtung und Solidarität gilt der cubanischen Revolution, meinem Volk und dessen wirklichen Antiterroristen. Yankee no! Cuba si!

Daslely Merino Torres (Cuba)

Ukraine:

Spielball imperialistischer Interessen

Diskussionveranstaltung zur Entwicklung in der Ukraine
am Donnerstag, dem 12. Juni, um 19 Uhr im Café Amelie,
DGB-Haus, Walltorstr. 17

Referent:

Henning Mächerle

Veranstalter: SDAJ Gießen/Marburg und DKP Gießen

Veranstaltung des „Griechenland-Solidaritäts-Komitees“

Lesung und anschließende Diskussion mit

Theodora Dimitroulia-Kohlhaas:

„Ungewisse Fahrt - Griechische Geschichte in Gedichten
und Liedern“ (1930 - 1970)

am Mittwoch, dem 16. Juli 2014, um 19.00 Uhr

im Dachsaal des DGB-Hauses Gießen, Walltorstr. 17

vormerken:

Der Nationalsozialistische Untergrund

Tote Spitzel, verschwundene Beweise und das Märchen vom
staatlichen Versagen. Referent:

Ralf Wetzel

Autor des Buches: Der NSU-VS-Komplex: Wo beginnt der Nationalsozialistische
Untergrund - wo hört der Staat auf?, Münster, Unrast Verlag 2013

Dienstag, 9. September, 20 Uhr, Vortragsraum d. Kongreßhalle
Eine Veranstaltung der VVN-BdA u.a.

Widerstand gegen Hartz IV

montags 18 - 19 Uhr, bei den 3 Schwätzern

AutorInnen + ReferentInnen auf dem Pressefest

Rudolph Bauer & Thomas Metscher, Phillip Becher, Jutta Ditfurth, Dietmar
Dath, Georg Fülberth, Stefan Kühner, Rainer Rupp, Ellen Schernikau, Christi-
ane Schnura, Helmut Selinger, Werner Seppmann, Burkhard Wiebel...

Künstler auf Pressefest

Achim Bigus, Bandista, Bernd Haake Band, Bernd Köhler & Blandine, Compania Bataclan, Die Marbacher, Dirk Wilke
+ Peter Schenzer, Einhart Klucke, Erich Schaffner, Esther Bejarano, Frank Viehweg, Fred Ape, Friedenshaus, Gruppe
Gutzeit, Grobylin Marlowe, Huggy Borghardt, Jane Zahn, Jazz-Polizei, J. Meijer & J. Koning (NL), Mapato, Michail Iwanow
(RU), Kai Degenhardt, Klaus der Geiger, Konstantin Wecker & Band, Leander Sukov, Le Blech, Luis Galtario und Antonio
Hilario, MC Albino, Microphone Mafia, Musikandes, Quijote, Ruam, Sonja Gottlieb, VEB-Chor, Xaiko...

Internationale Beteiligung auf dem Pressefest

Partei der Arbeit Belgiens, die Brasilianische KP, die KP Britanniens, die KP Dänemarks, die KP in Dänemark, die
Europäische Linkspartei, die KP Griechenlands, die Irakische KP, die Tudeh-Partei aus dem Iran, die Kolumbianische
KP, die KP Kubas, die Libanesisch-KP, die KP Luxemburgs, die nicaraguanische FSLN, die Neue KP der Niederlande,
die KP Österreichs, die Demokratische Front zur Befreiung Palästinas, die Portugiesische KP, die Peruanische KP, die
KP der Völker Spaniens, die KP der Türkei und AKEL aus Zypern. Weitere KPen prüfen derzeit ihre Möglichkeiten



Spendet für das Fest der Solidarität!

Spenden bitte an: DKP-Parteivorstand
Konto-Nr.: 4002 487 501
GLS Bank Bochum, BLZ 430 609 67
Stichwort: "UZ-Pressesfest"

Samstag, 28. Juni: Konzert mit Konstantin Wecker

Casa Cuba, Internationale Stände von
50 Organisationen und Parteien.
Konzerte & Kabarett, Kinderfest &
Clownerie, Jugendbereich & Frauen-
programm, Äppelwoi & Handkäs,
Spießbraten & Vegane Schnitzel, In-
ternationale Spezialitäten, Zeltplatz
& Strand zum Chillen. Infos hier:

news.dkp.de / dkp-giessen.de

